

Zum Leipziger Parteitag des Sozialfaschismus

Von Bismarcks Ausnahmegesetz zu Severings Notverordnung

Die Waffen Bismarcks und Severings treffen nur Arbeiter — Bebel erklärt: Monarchie und bürgerliche Republik sind kapitalistische Klassenstaaten — SPD.-Arbeiter, wollt ihr noch länger Stützen der Brünningrepublik sein?

12 Jahre Sozialisten-Verfolgung

Sozialistengesetz — Republikshutzgesetz — Brünning's Notverordnungen.

Das sind drei Stappen des Weges, den die Sozialdemokratische Partei zurückgelegt hat. Diesen Weg sollen alle SPD.-Arbeiter vor ihrem geistigen Auge vorüberziehen lassen, um den Abgrund zu erkennen, in den ihre Partei versunken ist und um zu erkennen, daß es sich hier nicht um einzelne Fehler, sondern eine gerade Linie des Arbeiterverrates handelt.

Als im Jahre 1878 die Schüsse von Homburg und Coblenz auf Kaiser Wilhelm I. knallten, da benutzte Bismarck diese beiden Ereignisse, um seinen langgehegten Plan, die Unterdrückung der Sozialdemokratischen Partei, zu verwirklichen. Was tat es, daß Homburg ein durch und durch verfaulenes Festschloß, ja sogar Mitglied der antisemitischen Christlich-sozialen Partei des Holpreibergers Stoecker war! Was tat es, daß der Koblenz in der Sozialdemokratischen Partei völlig unbekannt gewesen ist! So wie 50 Jahre später Severing mit jadenheimlichen demagogischen Argumenten den roten Frontkämpfer-Bund verbot, ebenso grundlos unterdrückte Bismarck mit dem Sozialistengesetz die Partei August Bebel's und Wilhelm Piecknecht's. Den wirtlichen Grund verschwiegen beide: Die Angst vor der Sammlung immer breiterer Massen in diesen antikapitalistischen Organisationen.

Zwölf Jahre Verfolgung, zwölf Jahre Unterdrückung, zwölf Jahre Ausweisung und Emigration der führenden proletarischen Funktionäre, zwölf Jahre Organisationsverbot, zwölf Jahre, in denen nicht weniger als 1000 Jahre Gefängnis über die Arbeiter verhängt wurden, die sich für die verfolgte Partei und ihre Ziele einsetzten.

Man wollte den Bund lösen, dessen Mitglieder sich zum Kampfe gegen das monarchisch-kapitalistische System verschworen hatten. Aber Anfang der neunziger Jahre schon mußte die Bourgeoisie feststellen, daß die Sozialdemokratie, ungeachtet der Verfolgungen, mehr und mehr wuchs. Das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Sozialdemokratie resultierte aus dem Bewußtsein, daß hier zum erstenmal eine Organisation entstanden war, die mit offenem Bilde für die Befreiung des Proletariats aus den kapitalistischen Fesseln kämpfte. Dieses Bewußtsein gab der Partei und ihren Anhängern die Kraft, dem übermächtigen Gegner zu trotzen und seine Aktionen zu durchkreuzen.

SPD.-Führer als Blutrichter des Republikshutzgesetzes

Einige Jahrzehnte später ist die Sozialdemokratie nach gründlicher Wauerung zur Regierungspartei geworden. Kraft des revolutionären Aktes vom November 1918 hatte sie nun Gelegenheit, ihre Ziele durchzuführen. Sie tat es nicht. Sie kann es nicht. Denn sie ist inzwischen, galeht ganz unversehrt, in den vier Jahren des imperialistischen Gemetzel's zur Bundesgenossin der kapitalistischen Klasse geworden.

Auf dem Wege der Niederschlagung des revolutionären Proletariats durch die Sozialdemokratie wurde der Kapitalismus 1919 und in den folgenden Jahren restauriert. Um aber das revolutionäre Proletariat niederschlagen und am Boden zu halten, mußte die SPD. die militärischen Kerntuppen des alten Regimes, das kaiserliche Offizierskorps in entscheidende Funktionen setzen. So geschah es.

Mosse, Ebert, Scheidemann gründeten und bewaffneten jene Freikorps, die, wie die kommunistische Partei voraussetzte, das Fundament der heutigen faschistischen Vorkriegsorganisationen waren.

Als 1922 der Faschismus sein Haupt erhob und seine Opfer sich nicht mehr nur unter den Arbeitern, sondern auch schon unter den Repräsentanten des Kleinbürgertums und Liberalismus holte, da wurde nach der Ermordung Rathenau's das erste Republikshutzgesetz vom Reichstag beschlossen. Es war bei dem vorhandenen Richterbestand und angesichts der Tatsache, daß die Scherindustriellen und Großgrundbesitzer die Auftraggeber des Faschismus waren, ganz klar, daß dieses Gesetz nur gegen die Arbeiter angewandt werden würde. Und obwohl oder weil die sozialdemokratischen Führer Müller (Berlin), der DWA-Bräudes, Schlichter Wiffell, Wolfgang Heine, Kufner und Jaedel vom Textilarbeiterverband den berühmtesten Reichspräsidenten als Beweiser gegeben wurden, schickten sie an 4000 Arbeiter, aber nicht einen einzigen Faschisten, auf 6000 Jahre ins Zuchthaus, Festung und Gefängnis, Millionen Kurzarbeitern ist in fast allen deutschen

Dieses famole Kommunisten-Gesetz ist 1927 ab. Damals beantragten die Deutschnationalen die Verlängerung des Gesetzes. Und tatsächlich erhoben sich am 17. Mai 1927 die

sozialdemokratischen mit den deutschnationalen Abgordneten und reckten die Hände für ein Gesetz, das noch keinem Reaktionsär etwas zuleide tat, aber zehntausende Arbeiterfamilien in Not und Elend brachte.

Es war nicht die Schuld der Klassenrichter, wenn es sich 1929 herausstellte, daß auch die Klassenverurteilungen der verurteilten zwei Jahre den Vormarsch des Kommunismus in Deutschland nicht hatten hemmen können. So machte sich denn der „Meine Metallarbeiter“ Severing daran, ein neues Republikshutzgesetz einzubringen, das ebenso wie das erste allen proletarischen Referenten und der Arbeiterpresse den Maulkorb umlegt, der Polizei das Recht zur Auflösung von Arbeiterversammlungen gibt, und die langandauernden Verbote für proletarische Organisationen und Festungen vorseht.

Unter beispiellosen parlamentarischen Sturmstößen und dem Massenprotest der Arbeiterschaft in den Betrieben und Stempelfabriken wurde dieses zweite Republikshutzgesetz angenommen, das sich von dem ersten nur dadurch unterscheidet, daß auch der Schein des Kampfes gegen die faschistische Reaktion aus ihm verschwinden ist, daß Severing die Paragrafen des alten Gesetzes strich, in denen von der Verbotsfrist für den Erlasser und von der möglichen Entlassung und Pensionierung hoher Beamter die Rede ist.



SPD.-„Sozialismus“ von heute: Mit Säbel und Maschinengewehr gegen den Existenzkampf der Arbeiter

Uns liegen im Augenblick keine Zahlen über das Funktionieren des neuen Republikshutzgesetzes in den letzten fünf Vierteljahre vor. Aber man sieht sich die Angeklagten vor dem Reichsgericht an! Es sind ausnahmslos proletarische Funktionäre.

Severing erwirkt die neue Notverordnung

Mit den Masseneinforderungen aber haben Bourgeoisie und Sozialdemokratie nicht die Folgen der ökonomischen Ausplünderungen der proletarischen Volksmassen aus der Welt schaffen können. Für die tausende Verurteilten sind buchstäblich neue Millionen zur roten Front geflossen. Und diese Front marschiert. Das Republikshutzgesetz genügt nicht mehr, sagt Severing. Die wachsende Not durch den Lohndiebstahl, Zollwucher und Unterstützungseraub schafft eine derartige Verzweiflungssituation, daß man noch schärfere und härtere Waffen anwenden muß, um der Klassen Herr zu werden.

Mit dieser Begründung geht der preussische Innenminister, zu Brünning und erwirkt die Notverordnung, dieses Schwert der

kapitalistischen Diktatur, die offiziell die Freiheit der Person, die Unverletzlichkeit der Wohnung und des Postgeheimnisses, die Freiheit der Meinungsäußerung, die Versammlungsfreiheit und die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Eigentums aufhebt, feststellt, nicht das Eigentum der Millionäre wird angestreift, sondern nur das der Arbeiterorganisationen.

Seitdem dieses Gesetz erlassen wurde, haben die Schulleute auf dem Podium, von dem aus die Reizentzen zu den härtesten Massenversammlungen der kommunistischen Partei und ihrer bestreuten Organisationen gesprochen werden, hat Herr Gering in fast allen proletarischen Spielstätten verboten und die Jugendweiche im Sportplatz aufgehoben, werden die Demonstrationen der Arbeiterschaft und die Veranstaltungen der roten Sportler verboten. Und unter dessen Versteil auf Grund des Severing'schen Republikshutzgesetzes das Reichsgericht einen kommunistischen Reichstagsabgeordneten nach dem anderen, den die Sozialdemokraten zusammen mit den Deutschnationalen der Klassenjustiz ausgeliefert haben.

Bismarcks Ausnahmegesetz ist Severings geltendes Recht

Das Ausnahmegesetz von 1878 ist heute geltendes Recht gegen die Arbeiterschaft geworden. Nur die Bäder dieser Unterdrückungsgesetze haben das Gesicht gewechselt. Damals war es Bismarck, heute sind es Severing und Brünning. Statt der konstitutionellen Monarchie haben wir heute die Weimarer Verfassung. Aber nein, wir haben sie ja gar nicht, sie ist abgebrochen. Republikshutzgesetz und Notverordnung haben auf dieser Verfassung alles eliminiert, was noch den „Luderschuh der Revolution“ an sich trug, und nur der Artikel 48 ist von dem Bürgerlied und seiner SPD. fest wie ein Felsen stabilisiert worden.

Nach dem Sozialistengesetz waren Vereine, die „durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen die Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezwecken“, verboten worden. So Bismarck.

Heute ist der rote Frontkämpferbund und die faschistische Jugend verboten. So Severing.

Es gibt keine Bestimmung des Sozialistengesetzes, die nicht hundertmal schärfer durch die sozialdemokratischen und bürgerlichen Machthaber von heute angewandt wird. Nicht das Fahren auf dem Fahrrad hat sich geändert. Es ist das gleiche geblieben. Geändert hat sich die Sozialdemokratie, die aus einer Partei der Kampfes gegen den Kapitalismus zu dessen Schutzschild geworden ist.

Heute schlägt der Gummitüppel, wie vor 50 Jahren mit Säbel, heute läßt Severing die Gewehre schleßen, wie Bismarck es tat.

Und wer empfängt die Wunden? Es sind heute wie damals die Menschen des vierten Standes, die Arbeiter.

Und es kann auch gar nicht anders sein. Schon August Bebel hat 1912 in Amsterdam gesagt:

„Aber ob Monarchie, ob bürgerliche Republik! beide sind Klassenstaaten, beide sind eine Staatsform zur Aufrechterhaltung der Klassenrechte der Bourgeoisie, beide sind bestimmt, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu erhalten. Daher wird auch unter beiden Staatsformen die Gleichgültigkeit in erster Linie im Interesse der bürgerlichen Klasse gestiftet.“

SPD.-Arbeiter! Wir hoffen, daß ihr nicht die Klassenrechte der Bourgeoisie, der bestehenden Klasse verteidigen wollt! Wir wissen, daß ihr mit tiefstem Mißtrauen euren verräterischen Führern gegenübersteht, die in wenigen Tagen auf dem Leipziger Parteitag eure Auslieferung an das Brünningregiment befehlen wollen!

Jetzt folgt dem Beispiel eurer vielen Kollegen! Nicht auch ihr endgültig den ideologischen und organisatorischen Trennungstreich zwischen euch und den Wels, Severing und Gering! Ihr habt mit ihnen nichts gemein. Ihr nehmt in Betrieb und Stempelfabrik zu den durch die SPD.-Politik Ausgebeuteten.

Die revolutionäre kommunistische Arbeiterschaft wartet auf euch. In ihren Reihen ist euer Platz!

Im Spiegel der SPD.

So dachte man vor 50 Jahren . . .

SPD.-Führer von Vollmar schrieb 1882 in dem von Bismarck mit Hilfe des Sozialistengesetzes verbotenen Zentralorgan der Sozialdemokratie:

„Sagen wir offen und steinackig unseren Feinden: Jawohl, wir sind staatsgefährlich, denn wir wollen euch vernichten. Jawohl, wir sind die Feinde eures Eigentums, eurer Ehe, eurer Religion und eurer ganzen Ordnung. Jawohl! Wir sind Revolutionäre und Kommunisten. Jawohl! Wir glauben fest an eine baldige Umwälzung und Befreiung, wir hoffen auf sie und bereiten uns durch geheime Organisation und Agitation und alles, was eure Gesetze verbieten und uns zu dünkelt, auf dieselbe nach Kräften vor.“

Als Engels in London diesen Artikel las, war er damit so einverstanden, daß er an Bebel schrieb: „Vollmar scheint sich herausgemacht zu haben.“ Das war, wie sich später herausstellte, ein Irrtum. Aber dies Zitat ist typisch dafür, wie die SPD. einst dem Kapitalismus gegenüberstand. Und heute?

Löbe prangert das Republikshutzgesetz an

Als das erste Republikshutzgesetz 1929 im Reichstag fiel, erklärte Löbe auf dem Kreisparteitag der SPD. in Steinau, laut „Landbote“ vom 7. Juli 1929, „daß er diesem Gesetz keine Träne nachweine, denn es fand in der Hauptsache nur gegen verbundene (!) Proletarier von links Anwendung, die man hart bestrafe, während unsere reaktionäre Justiz gegen gemisste Verleumdungen von rechts die Republik für vogelfrei erklärte oder lächerliche Strafen verhängte.“

Diese Verurteilung des Republikshutzgesetzes hinderte denselben Löbe nicht, dem zweiten, gegen die Kommunisten noch verschärften Kommunistengesetz zuzustimmen.

„Notverordnung schlimmer als Panzerkreuzer“

Am 30. März 1931 schreibt das sozialdemokratische „Sächsische Volksblatt“ zur Notverordnung, die von der SPD. mitangenommen worden ist:

„Mit dieser neuen Verordnung werden einschneidende Maßnahmen in Kraft gesetzt, die wesentliche Grundbegriffe der Demokratie beseitigen. . . Diese neue Notverordnung verhängt über Deutschland den Belagerungszustand, der sich jetzt, genau wie im Kriege, ausschließlich gegen das Proletariat auswirken wird. . . Wenn die Sozialdemokratie diese neue Notverordnung still blinnet, wie all die anderen Belatsungen vorher, so versüßt sie zu hindern das Schmelzen der Walle, mit der die Arbeiterklasse geschlagen werden soll. . . Die neue Notverordnung der Regierung, die wichtigsten Grundrechte der Verfassung außer Kraft setzt, und entscheidende Teile der Demokratie beseitigt, ist schlimmer noch als die Panzerkreuzer.“

Die roten Sportler rüsten zur

Bezirksspartakiade am 6.-7. Juni in Pirna

Lage
7. Jah
Die
Wäh
entw
eine
Kapit
ihre
Die
Ein
unter
Kapit
werb
das
wird
der
auf
tänze
offen
für
Bau
ten
Weg
Meg
Das
Inhalt
wird
am
Belle
besitz
Ansch
nung,
allo
des
Von
Bühl,
dage
Sich
seiner
Ter
So
Mit
reine
Millio
Scheit
mange
wenn
die
Walle
Wald
Nacht
schlie
ABD
Die
an
„An
von
regie
rang,
Notver
den
Belle
und
ein
Streik
verrä
beson
Lionen
verh
len
wer
verh
recht
der
die
neue
der
Regie
Dies
Wirt
aufh
lanten
tem
Unt
nahme
Pirna
ordn
Die
gegen
ford